

Beilage zu Nummer 150 der Volksstimme.

Donnerstag den 29. Juni 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 29. Juni 1916.

Einschränkung des Fleischgenusses auf dem Lande.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln nimmt in einem Aufrufe im „Kirchlichen Anzeiger“ neuerlich zu den Ernährungsfragen Stellung. Es betont, daß „es dem verständigen und echt patriotischen Sinne der Mehrheit der Bevölkerung“ zu danken sei, wenn sie sich trotz aller Schwierigkeiten verhältnismäßig ruhig verhalten habe. Vielfach sei Unmut erzeugt worden durch Ungleichheiten in der Verteilung und in der Verbrauchsregelung, denn die Einschränkung müsse unbedingt alle Kreise möglichst gleichmäßig erfassen. Während die ländliche Bevölkerung vielfach mit den wichtigsten Lebensmitteln reichlich versehen sei, müßte sich die städtische Bevölkerung größte Entbehrungen auferlegen. Darum sei eine Einschränkung des Fett- und Fleischgenusses auf dem Lande, die freiwillige Ausdehnung der fett- und fleischlosen Tage notwendig, wodurch größere Vorräte den Städten und Industriegegenden zugeführt werden könnten. Zu diesem Zwecke sollten die Landbewohner ihre Speck- und Schinkenvorräte den Behörden freiwillig zur Verfügung stellen. Die Geistlichen sollten in diesem Sinne von der Kanzel wirken.

Das Einschreiten der Geistlichkeit, das reichlich spät kommt, ist auf dringende Aufforderung bestimmter Zivil- und Militärbehörden zurückzuführen. Ueber seinen Erfolg wird allerdings niemand große Erwartungen hegen; durch bloße Mahnungen ist der ländliche Egoismus nicht zu befeigen, was der Krieg reichlich bewiesen hat.

Auch im Geschäftsbericht der Zentralkassen der hessischen landwirtschaftlichen Genossenschaften kommt zum Ausdruck, in welchen Wohlstand die Bauern durch den Krieg versetzt worden sind. Der Geschäftsbericht der Genossenschaft sagt z. B. in der Einleitung: „Die außerordentliche Geldfülle auf dem Lande gab dem vollen 12 Kriegsmonte umfassen den dritten Geschäftsjahre das Gepräge.“ Geldfülle heißt Wohlhabenheit, heißt Gutgehen. Die Gutheben der Genossenschaften sind außerordentlich gestiegen und andererseits deren Schulden fast verdreifacht, dazu 19 Millionen Kriegsanleihezeichnungen in 1915 durch diese Genossenschaften! Da fehlen schließlich die Worte, um die Empfindungen zum Ausdruck zu bringen, die sich dem Städter aufdrängen, wenn er das Verhalten so vieler Landwirte auf dem Lebensmittelmärkte tagtäglich zum Schaden seines Geldbeutels und seiner Gesundheit beobachten muß. Beachtenswert ist, daß solche Feststellungen aus den Kreisen der notleidenden Randwirte kommen in einer Zeit, wo in den Städten Millionen Menschen mit dem Hunger kämpfen. Das sind wirkliche Zeichen der Zeit!

Erhöhung der Zigarettenpreise.

Wie man uns aus Zigarettenhändlerkreisen mitteilt, wird in allerhöchster Zeit eine weitere sehr erhebliche Steigerung der Zigarettenpreise erfolgen. Nur zu einem kleinen Teile ist diese Steigerung durch die tatsächlich bereits mit dem 15. Mai d. J. in Kraft getretene Erhöhung des Gewichtszollses, bzw. Steuer bedingt; weit mehr durch die anhaltende Verteuerung aller Rohstoffe, durch die Erhöhung der Arbeitslöhne und der gesamten Produktionskosten.

Den Ausschlag für die Steigerung gibt die Erhöhung der Rohstoffpreise. Die Preise für Sumatra- und Java-Tabake haben, einschließlich des bisherigen, noch nicht erhöhten Wertzollses seit dem 1. August 1914, also kurz vor Beginn des Krieges, eine durchschnittliche Steigerung von 250 bis 350 Prozent erfahren. An dieser Erhöhung ist das enorme Steigen des Goldpreises erheblich beteiligt. Bei den billigeren, amerikanischen Tabaken war die Steigerung noch stärker, nämlich 300 bis 375 Prozent. Deutsche Tabake, die wegen der Knappheit aller Tabaksorten stärker zu Zigaretten mit verarbeitet werden, als in Friedenszeiten, haben heute den fünffachen und sechsfachen Preis. Die Löhne der Tabakarbeiter sind bisher um 10

bis 15 Prozent erhöht worden; und diese Arbeiter, die zu den schlechtbezahltesten gehören, haben jetzt eine Erhöhung von 25 Prozent gefordert. Ferner sind ausnahmslos alle Bedarfsartikel für die Zigarettenfabrikation und ganz besonders die Hölzer für die Zigarettenstiele sehr stark gestiegen.

Dies alles bedingt, selbst bei sparsamster Ausnutzung, eine starke Verteuerung der Zigaretten. Daß diese Verteuerung bisher noch nicht voll in Erscheinung getreten ist, ist darin begründet, daß die Zigarettenfabrikanten bisher immer noch alle, billig eingelaufene Tabake mit verarbeiten konnten. Diese alten Tabakvorräte sind aber bei den meisten Fabrikanten nunmehr zu Ende gegangen oder nähern sich sehr dem Ende, so daß die volle Wirkung der Verteuerung der Rohstoffe in der fertigen Zigarette sehr bald in die Erscheinung treten muß. Bei Verwendung von Tabaken, die zu heutigen Marktpreisen gekauft sind, wird es, unter Hinzurechnung der erhöhten Gewichtszollabgaben im Laden keine Zigarette unter 10 Pfennig mehr geben können. Die bisherige 10-Pfennig-Zigarette wird in Zukunft mindestens 15 Pfennig kosten müssen; die billigeren Sorten werden verhältnismäßig noch mehr steigen. Mit dieser Erhöhung der Zigarettenpreise dürfte leider die Steigerung noch nicht am Ende angelangt sein, da infolge der Knappheit an Rohstoffen die Rohstoffpreise noch anhaltend steigen.

Die Volkshausverwaltung macht auf die am 10. Juli stattfindende Versteigerung verschiedener Häuser aufmerksam mit dem Hinweis, daß Kriegserwartungen und Personen, die durch den Krieg mittelbar oder unmittelbar betroffen sind und nicht in der Lage sind, diese Häuser zu kaufen, sich zuwenden können, nach vorheriger Rücksprache mit dem stellvertretenden Volkshausverwalter bis spätestens 7. Juli, nachmittags 4 Uhr, entsprechende Berücksichtigung finden.

Die Teuerungszulagen für die hessischen Unterbeamten und Arbeiter sind nunmehr zur Auszahlung angewiesen. Es kommen dabei jedoch lediglich Personen in Betracht, die vor dem 1. April 1914 bereits bei der Stadt beschäftigt waren. Die Verheirateten erhalten 10 Mark, die Unverheirateten 5 Mark für den Monat.

Reiseplanänderung. Vom 1. Juli ab wird der Personenzug Nr. 1193 (Frankfurt a. M. ab 9.50, Wiesbaden an 12.00 abends) 20 Minuten später gelegt werden, um in Höchst den Anschluß von Soden (Kannus) aufzunehmen. Der Zug erhält folgenden Fahrplan: Frankfurt Abfahrt 10.10 abends, Mainz-Kastell Anfahrt 11.07, Höchst 11.08, Wiesbaden Anfahrt 11.24, Wiesbaden 11.30, Wiesbaden Anfahrt 12.26 Uhr. Im Anschluß daran wird auch die Dampf-Straßenbahn Nr. 102 ab Wiesbaden später gelegt werden. Wiesbaden Abfahrt 12.30 nachts, Plangen Anfahrtsstelle Anfahrt 12.40 nachts.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Wieder, 29. Juni. (Die städtische Sparkasse) ist vom 30. Juni bis 1. Juli und vom 3. bis 5. Juli für den Publikumsverkehr ausnahmsweise vormittags von 8 bis 12½ Uhr und nachmittags von 2½ bis 6½ Uhr geöffnet. Gewöhnliche Geschäftsstunden: vormittags von 8 bis 12½ Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr; Samstags nachmittags geschlossen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Oberursel, 29. Juni. (Städtisches.) Zur Steuerung der Lebensmittelpreise in der Stadt beschloß die Stadtverordnetenversammlung die Errichtung eines Kriegsspeichers und bewilligte dazu die erforderlichen Mittel. Für jede ausgegebene Portion gewährt die Stadt einen Zuschuß von 2 Pfennigen. In den Räumen, für die der Ratsesteller vorgesehen ist, können gleichzeitig bis 200 Personen gespeist werden. Die Portion wird zu 20 Pfg. verabsolgt. — Die Stadt legte die Kartoffelportion für den Kopf und den Tag bis 31. Juli von 1½ auf 1¼ Pfund herab. — Infolge Vermehrung der Dienstgeschäfte in der Stadtverwaltung wurde die Wahl eines zweiten Beigeordneten zur Notwendigkeit. Als solchen wählte man den Ratsherrn Gerold.

Donau, 29. Juni. (Aus der Kreisprüfstelle.) Nach einer Mitteilung des Kriegsausschusses darf Kaffee unter keinen Umständen mehr ohne Zusatzartikel verkauft werden. Gekochte Kaffeebohnen sind in einzelnen Geschäften

in irgendwelcher militärischer Verwendung stehen, was — neben etwa 400 Studenten, die im Sanitätsdienst tätig sind — eine beträchtliche Kriegsbeteiligung der deutschen Studentenschaft in Höhe von etwa 50 000 Mann oder etwa 84 Prozent ihrer Friedenszahl ergibt. Wenn man die Ausländer und die Frauen außer Betracht läßt, zeigen die einzelnen Hochschulen folgendes Bild der Beteiligung: Von den Universitätsstudenten sind etwa 43 000 oder 82 Prozent ihrer Gesamtzahl (52 000) ausgezogen, von den 9600 Studierenden der Technischen Hochschulen 8600 oder 89 Prozent, von den 800 der Landwirtschaftlichen Hochschulen etwa 700 oder 87 Prozent, von den 1800 der Handelshochschulen 1400 oder 77 Prozent und von den 600 Studierenden der Bergakademien 550 oder 90 Prozent. Die 250 Besucher der Forstakademien dürften fast restlos im Felde stehen. Da diese Anstalten während der Kriegszeit gar nicht geöffnet sind und an den Universitäten nur wenige Fortwörter studieren. Diese Zahlen können freilich nicht auf absolute Richtigkeit Anspruch erheben, weil, ganz abgesehen von den Schwankungen infolge der Einberufungen, die Hochschulen nicht in der Lage sind, ganz zuverlässige Statistiken zu führen, zumal nicht alle ausgezogenen Studierenden und Abiturienten an einer Hochschule eingeschrieben sind. Von den Hochschulen der Donaumonarchie, die in Friedenszeiten von etwa 40 000 bis 45 000 Studierenden besucht waren, sollen etwa 35 000 gleich 77 Prozent im Kriegsdienst stehen.

Die Berliner Porzellanmanufaktur.

Robert Breuer schreibt im „Vorwärts“: Als ein schöner Zeichen ihrer Leistungsfähigkeit hat die Berliner Porzellanmanufaktur draußen, in der Wegelstraße, dicht beim Bahnhof Tiergarten, ein neues, großes Verkaufshaus gebaut. Die äußere Gestalt ist leicht klassizistisch; das Innere beschränkt sich darauf, dem Zweck des Hauses, Porzellane zur Schau zu stellen, reichlich zu dienen. Zweigeschossig, große, helle Säulenumlaufung, durch die das grüne Reflexlicht der das Haus umflossenden Bäume dringt. Die tragenden Pfeiler sind ohne Schmuck. Auch sonst herrscht das schamlose, verachtliche Weiß.

Die Porzellane regieren; sie stehen auf langen Tischen, die mit violetten, grauen und grünen Decken überhangen sind. Die Wirkung ist solb und doch verführerisch. Der Reichtum

dann sei eine Beschlagnahme der Kaffeebestände die Folge. Zur Zuckerverforgung sind der Stadt Donau von der Reichsstelle die Zuckerraffinerie Magdeburg und Norden zugeteilt worden. Die Großhandelspreise stellten sich für die Magdeburger Ware auf 52.46 Mark und für Norden auf 52.15 Mark pro 100 Kilo. Bis zum 24. Juli liefert noch Frankenthal. Die Preise für das Pfund Stachelbeeren wurden bis zu 25 Pfg., Johannisbeeren bis 38 Pfg. und Heidelbeeren bis 35 Pfg. festgelegt. Eine Erhöhung der Preise für Kartoffeln im Kleinhandel findet, wie die Notstandskommission mitteilt, nicht statt. Der Preis für Erbsen wurde auf 35 Pfg. ermäßigt. Karotten ohne Kraut das Pfund 20 Pfg., Oberkohlrabi das Stück 10 Pfg., Zwiebeln das Bündel 15 Pfg., sie müssen jedoch 300 Gramm wiegen. Als Fischpreise gelten für Rotzungen, das Pfund 65 Pfg., bessere Sorte 75 Pfg., Hecht 1.50 Mark, Karpfen 1.30 Mark und Schleien 1.50 Mark. Eine eingehende Aussprache fand über die Beschaffung von Obst für die Bevölkerung statt. Es sollen schleunigst Heidelbeeren, Kirschen usw. aufgefauft und zu angemessenen Preisen an die Bevölkerung abgegeben werden. Die Zuckerraffineriepreise erhöhen sich für die nächsten Wochen um einige Pfennige. Eine Erhöhung der Kleinhandelspreise hat diese Preiserhöhung nicht zur Folge.

Reins-Kastel, 29. Juni. (Fingierter Ueberfall.) Der gestern gemeldete räuberische Ueberfall hat sich durch die Untersuchung der Polizei als fingiert herausgestellt. Der junge Mann soll, nachdem er das Geld herausgeholt oder beiseite geschafft hatte, sich selbst gefesselt und an den Aufhängesort hingelagert haben. Das Seil dazu hatte er von zu Hause mitgenommen und den Dolch von einem anderen Jungen gekauft.

Darmstadt, 28. Juni. (Im erweiterten Kriegs-ausschuss) kam heute der Antrag Dr. Mann wegen Hausbesucherkammern zur Abstimmung. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen: 1. die Frage der Errichtung einer Hausbesucherkammer im Hinblick auf die zutage tretenden gewichtigen Bedenken als noch nicht bruchreif zu vertragen und zunächst das Vorgehen anderer Bundesstaaten auf diesem Gebiete abzuwarten; 2. dem Landtag alsbald Vorschläge zu unterbreiten, welche die Sicherung zweier Hypotheken durch Gewährung von hypothekarischen Vorleihen aus Mitteln der Landeshypothekenbank unter Garantie der Gemeinden und unter Mitwirkung der Treuhändergesellschaften ermöglicht; 3. auch fernerhin in geeigneten Fällen dem notleidenden Hausbesitz in steuerlicher Hinsicht entgegenzukommen. Der Antrag Mann und die Besuche der Hausbesitzerorganisationen sollen damit für erledigt erklärt werden.

Aus dem Odenwald, 28. Juni. (Ertränkt.) In Hadzheim ertränkte sich in einem Anfall geistiger Unmündigkeit ein junges Mädchen in der Dungsgrube des elterlichen Hauses.

Aus Frankfurt a. M.

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M.

Gestern fand in den „Henninger Sälen“ die Fortsetzung der Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung kennzeichnete der Vorsitzende Genosse Raier, das Urteil gegen den Abgeordneten Dr. Karl Liebknecht als eine Schmach und forderte die Versammlung auf, in Anerkennung der Verdienste des bewährten Vorkämpfers und als Ausdruck vollster Sympathie für den Verurteilten sich von den Blößen zu erheben. Dann gab es zunächst eine kleine Geschäftsordnungsdebatte. Genosse Otto hatte den Antrag gestellt, den Punkt Verchiedenes auf die Tagesordnung zu legen. Die Abstimmung war nach Ansicht des Bureaus zweifelhaft; die Auszählung ergab 53 Stimmen für und 64 gegen den Antrag. Auch diese Auszählung wurde von der Minderheit lebhaft angezweifelt.

Stadtverordneter Genosse Zielowski erstattete dann den Bericht über die Tätigkeit der Stadtverordneten-Fraktion. Er führte aus:

Der Einfluß des Krieges habe sich auch in der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1915/16 in erhöhtem Maße geltend gemacht. Die Gemeinden sind jetzt vor große und schwierige Aufgaben gestellt.

Der ausgestellte Modelle überwiegt, ohne zu verwirren. Eine Qualitätsmessa. Ueber solche Leistungsfähigkeit ist man erfreut; ärgert sich aber zugleich über die Gleichgültigkeit, die das deutsche Publikum noch immer diesen ausgezeichneten Berliner Porzellanen, besonders den undefinierten weißen Stücken entgegenbringt. Immer noch kaufen die Leute ihre beliebten bunten Bildheiten; sie finden die schlichten weißen Schüsseln und Tassen, wie sie hier in unübertriebenen Formen zu finden sind, nicht vornehm genug. Die Gebrauchsporzellane der Berliner Manufaktur sollten die Häuser bevölkern; dies um so mehr, als sie außerordentlich preiswert sind. Man braucht nicht zu fürchten, hier nur Stücke für Millionäre zu finden; Käufer, die sich bisher nur in den billigen Bazar hineintrauten, können getrost in den Tiergartentempel der Berliner Porzellane hineingehen.

Es ist sehr zu loben, daß die besten alten Formen des Gebrauchsporzellans, Stücke, wie sie Anfang des 19. Jahrhunderts gemacht worden sind, wieder auf den Markt gebracht werden; mit ihnen können wir beinahe ebenfalls das beste Bedenken entbehren machen. Daneben wollen dann noch die Porzellane des künstlerischen Ehrgeizes, Figuren aller Art, amüsante Gruppen, lockere Hofsozietäten angeschaut werden. In diesem bunten Reigen sind auch einige Stücke moderner Künstler, zerbrechliche Phantasien von Waderle, Amborg, Schwepferle, zärtlich zu genießen.

Eine unheimliche Rahnung.

Während eines Blumenfestes, das kürzlich in Petersburg stattfand, erschien auf dem Corso plötzlich eine Gruppe, bestehend aus fünf Automobilen, an denen große Plakate mit der Aufschrift befestigt waren: „Ein Fest während der Pest.“ Wo sind eure Brüder und Väter? „Wird man denn so fragen?“ „Dort Geschosse, hier Brillanten! Dort der Georgorden für eine Heldentat, hier eine Kränze für die Schmach!“ „Ihr Heiden hinter der Front!“ usw. Hinter den Autos fuhr ein Wagen mit einem Plakat: „Wieder mit den Keros, mit den Rodcabenden! Während der Kriegszeit dürfen sie nicht stattfinden.“ Die Demonstrationen, die großen Eindruck machten, waren von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Verschwendungssucht veranstaltet worden.

Kleines Feuilleton.

Frankfurter Theater.

Wohltätigkeits-Vorstellung im Opernhaus.

Gestern Abend gab es in der Oper eine Wohltätigkeits-Vorstellung zum Besten der Großen Theater-Pensions-Anstalt der Vereinigten Stadttheater, die sehr gut besucht war. Den Anlaß zu der guten Besetzung des Hauses hat wohl namentlich Frau Hedwig Schandor gegeben, die sich vom Frankfurter Publikum verabschiedete, um nach ihrer Heimatsstadt Leipzig überzusiedeln. Die Künstlerin, die seit 1912 nur noch als Lehrerin am Höchsten Konservatorium wirkte, war noch gelegentlich an der Spitze ihrer 22-jährigen Bühnen-Tätigkeit aufgetreten und übte hier noch immer den gleichen Reiz auf ihre Zuhörer aus, wie bei ihrem langjährigen Engagement. Jetzt nahm sie Abschied als Rose Arquet im „Mädchen des Eremiten“, die einst ihre Eintrittspartie am hiesigen Opernhaus war. Mit anmutiger Beweglichkeit und herrlicher Junigkeit führte Frau Schandor ihre Rolle durch. Nicht endenwollende Beifallstürme und dichter Blütenregen bewiesen ihr, daß sie in den Herzen der Frankfurter Kunstfreunde einen Ehrenplatz behält. Die Aufführung nahm auch sonst einen trefflichen Verlauf, besonders muß aber des Herrn Reinmann gedacht werden, der trotz starker Geistesleistung die Rolle des Vellamy mit Humor ausfüllte.

Die Beteiligung der deutschen Studentenschaft am Kriege.

In wie hohem Grade die deutsche Studentenschaft an dem Kriege beteiligt ist, zeigt der geringe Besuch der Hochschulen im letzten Winter, über den jetzt eine Uebersicht möglich ist. Sämtliche Hochschulen des Reiches besuchten (mit Einschluß von 2400 Ausländern und etwa 5000 Frauen) insgesamt nur 18 000 Studierende gegen 79 000 (einschließlich von 8500 Ausländern und 4500 Frauen) vor Kriegsausbruch. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß die fehlenden männlichen reichsangehörigen Studierenden im Felde oder

Sie müssen jetzt Maßnahmen ausführen, die sie früher für undurchführbar geglaubt haben. Die finanzielle Belastung, die die Gemeinden durch den Krieg erfahren, sei eine sehr große und werde ihnen noch viele Sorgen bereiten. Anscheinend herrsche ja in der Stadtverordnetenversammlung jetzt Burgfrieden; aber dieser Burgfrieden sei nur ein Schein. Sobald es sich um die Wahrung bestimmter Interessen handele, treten die alten Gegensätze zutage. Am deutlichsten sei das zu beobachten gewesen bei der Wahl des Stadtrats, bei der Wahl von Frauen in Rat und Deputationen, der fortwährend gekümmerten Männer wie Dr. Selts in den heftigsten Widerstand entgegengesetzt hätten. Wenn schon Liberale so wenig Sinn für Umlernen hätten, wie werde es da erst um die Neuorientierung in der preussischen Politik bestellt sein! Auch die Schaffung des pädagogischen Schulraths und die damit zusammenhängende Neugestaltung der Verwaltung unseres Schulwesens zeige, wie die bürgerliche Mehrheit ihre Interessen wahrzunehmen bestrebt sei und dabei rücksichtslos vorgehe. Aber alle diese kleinen Schmerzen treten jetzt in den Hintergrund gegenüber der Hauptfrage, die uns der Krieg gebracht hat, das ist die Lebensmittelfrage. Die ersten Maßnahmen der Regierung bei Ausbruch des Krieges wurden allseitig, auch in Arbeiterkreisen, freudig aufgenommen. Man prägte das Wort Kriegsjogialismus. Heute beurteilt man diese Maßnahmen sehr viel kritischer. Was diesem Kriegsjogialismus fehle, habe der Münchener Nationalökonom Prof. Dr. Brenkano kürzlich im „Berliner Tageblatt“ treffend ausgedrückt. Wenn heute in fast allen Kreisen eine gewisse Kriegsmüdigkeit wahrnehmbar sei, so sind wesentlich die Mängel und Fehler in der Lebensmittelförderung, die immer schlimmer werdende Lärnung und manches andere mit daran schuld. Für diese Fehler sei in erster Linie die Regierung verantwortlich zu machen durch ihr zögerndes Handeln, durch die Richtsichtigkeit der von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge und durch das freie Spiel der Händlerinteressen. Alle scharfe Kritik im Reichstage und im Landtage hat bisher an diesen Zuständen wenig zu ändern vermocht; im Gegenteil: die Ausfichten werden alle Tage trüber. Angesichts solcher Zustände sind die Gemeinden der schwere Aufgaben gestellt. Gewisse Stürme hat recht, wenn er sagt: Gewisse Anzeichen deuten auf den Untergang der Bevölkerung von sich auf die Gemeindevormaltungen ab. Sehr mit Unrecht. Gewiß, auch die Gemeindevormaltungen haben viel gefehlt und gefehlt — das darf auch für die Stadt Frankfurt gesagt werden —, aber in vielen Fällen, wo die Organisation versagt habe, trage die Regierung die Schuld. Was der Stadt Frankfurt zum Vorwurf gemacht werden müsse, das sei die zögernde Haltung bei Durchführung organisatorischer Maßnahmen und die zum Teil recht schlechte Organisation. Unser Bestreben war, diese Fehler auszumachen, die Stadtverwaltung vorwärts zu drängen und in erster Linie auf eine Wahrung der Interessen der Konsumenten bedacht zu sein. In welchem Umfang das geschehen ist, zeigt Redner an der chronologischen Aufzählung der Anträge, die die sozialdemokratische Fraktion zur Lebensmittelförderung, zur Organisation des Butters- und Fleischverkehrs und anderer Bedarfsgegenstände gestellt hat. Er schließt dabei die großen Schwierigkeiten, die sowohl in der Stadtverordnetenversammlung wie in den Kommissionen zu überwinden waren, um etwas durchzusetzen. Der Redner schließt: Die Fraktion hat alles getan, um ihren Einfluss geltend zu machen und die Lebensmittelförderung zu fördern. Wenn das nicht vollkommen gelungen ist, so trifft sie keine Schuld, sondern die Verhältnisse, wie sie der Krieg geschaffen hat, sind eben härter. Das bitte ich bei der Kritik im Auge zu behalten. (Beifall.)

In der Diskussion führt Genosse Kumeleit aus, daß die Regierung und die Stadtverwaltung Mangel an gutem Willen vorgehalten werden muß. Aber auch die Fraktion hätte, trotz aller Anerkennung für ihre Tätigkeit in der Lebensmittelförderung, manchmal noch energischer eingreifen müssen. Regierung und Stadtverwaltung schämen sich die Interessen der Händler und Vermittler; die Lebensmittelförderung ist ein Geschäft, das Redner weiß an Händen und Füßen, daß seine Behauptung keine Übertreibung ist. Er befürwortet folgenden Antrag:

Die Versammlung erkennt die tatsächliche Anknappung verschiedener Lebensmittel und die Schwierigkeiten deren Beschaffung an und fordert deshalb die Nationalisierung derselben nach den vorhandenen Vorräten als dringende Notwendigkeit. Die bisherige Nationalisierung verschiedener Lebensmittel entspricht nicht den tatsächlich vorhandenen Vorräten, woraus sich erklärt, daß die große Masse der minderbemittelten Bevölkerung die ihr zustehenden Rationen nur zum Teil oder überhaupt nicht erhalten kann. Die Versammlung ersucht die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion dringend, dahin zu wirken, daß die Nationalisierung aller für die minderbemittelte Bevölkerung lauffähigen Lebensmittel nach den vorhandenen Vorräten vorgenommen wird und Garantien geschaffen werden, daß die festgesetzten Rationen auch erhältlich sind. Eine Herabsetzung der Rationen darf nicht erfolgen bei Brot, Kartoffeln, Butter, Zucker und Fleisch.

Genosse Brenkano stimmt dem Vordrucker betreffs der Lebensmittelförderung zu, wünscht jedoch, dem Antrag Kumeleit dem Fraktionsvorsitzenden als Material zu überreichen. Partei- und Gewerkschaftsvorstand haben gleich bei Ausbruch des Krieges einen vollkommenen Plan der Regierung vorgelegt; leider ist er noch nicht erfüllt worden. Auch das Lebensmittelamt in Frankfurt a. M. hat versagt. Die Zustände in der Kartoffelförderung sind katastrophal. Die Preissteigerungen müssen der minderbemittelten Bevölkerung zu Borgspreisen abgezogen werden. Die Verkaufsregelung in der Markthalle ist zum Teil recht trübselig. Jetzt soll der Marktpreis von den Produzenten wieder erhöht werden. Hier muß gesagt werden, wenn dieser Gewaltstreich durchgeführt wird, dann hat die Geduld ein Ende. Redner stellt weiter an die Genossen Zielsetzung und Hoffen anfragen wegen der Verteilung der Lebensmittel im Konsumverein. Auch der Frage der Massenpreise muß nachgegangen werden.

Genosse Jürgens sagt, die heutigen traurigen Verhältnisse liegen im Schism begründet. Jegliche Kritik am Kartellsystem ist wertlos; die Geschichte lehrt das, daß nicht genug Lebensmittel da sind. Unsere Aufgabe muß sein, für die Beendigung des Krieges nach Kräften zu sorgen. Wenn Redner der Mehrheit heute noch ausführt, wir müssen die Kriegskredite solange bewilligen, wie der Krieg dauert, haben sie kein Recht, in dieser Weise gegen die Lebensmittelversorgung zu wettern. Die Fortsetzung des Krieges bedinge eben den noch größeren Hunger. (Beifall.)

Genosse Richter führt aus, daß die Aufgabe der Sozialdemokratie sein muß, gerade jetzt alles zu tun, die Not zu mildern, die im Volke herrscht. Die Tätigkeit der Fraktion muß anerkannt werden. Leider sind die Vorschläge nicht beachtet worden. Der Antrag Kumeleit läßt mit einer rationalen Abänderung angenommen werden.

Genosse Rühlig: Will man praktische Politik treiben, darf das Prinzip nicht verletzt werden. Ganz richtig wurde gesagt, daß die Not im Krieges begründet liegt. Für was und wen kämpfen die Sozialdemokraten? Ist es ein Kampf um die nationale Einheit, dann muß gehungert werden vom Millionär bis zum Bettler!

Genosse Gopp geht auf die Vorwürfe der Genossen Brenkano und Kumeleit ein und sucht sie teils zu entkräften, teils zu widerlegen. In der Lebensmittelförderung sehe es besonders traurig aus; auf den Kopf der Bevölkerung kommen 0,6 Eier, und davon gehen noch die notwendigen Bestände an die Lazarette ab. Trotz Versicherung der Stadtverwaltung sind in acht Tagen keine Kartoffeln mehr zu haben. Das Lebensmittel- und Verkehrsamt ist unbehelflos; es fällt regelmäßig auf Vorschläge, die in der „Frankf. Zeitung“ erscheinen, herein. Leider ist wahr, daß durch die Einrichtung der Zentral-Einkaufsgesellschaft die Konsumvereine, obwohl große Geldmittel vorhanden sind, nicht kaufen können. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft gibt nur an Kommunalverordnungen ab. Nicht wird von Tag zu Tag weniger; zwei Wagemischlinge sollen über ganz Deutschland eingekauft werden. Uns stehen noch gewaltige Kämpfe bevor; deshalb ist es besser, die inneren Kämpfe einzustellen und die ganze Kraft dazu zu verwenden, dem Kapitalismus auf den Leib zu rufen. (Beifall.)

Nach einer Anfrage der Genossin Schützle bez. der Schweinejohlmpreise, die wegen der vorgerückten Zeit nicht beantwortet

werden kann, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden beschlossen, die Versammlung zu beenden.

Der Antrag Kumeleit wird mit der vorgeschlagenen Abänderung angenommen.

Ordnung in die Eierversorgung zu bringen, bedeutet eine Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, in der durchführbare Vorschläge für die Anregung der Produktion gemacht werden. Daneben fordert die Eingabe mögliche Geflügelhöchstpreise, um den Anreiz zu überreichem Hühnerschlachten zu nehmen, ferner Höchstpreise für große Wirtschaftsbetriebe und nach Produktionsgebieten geteilt. Höchstpreise von 18 bis 22 Pfennig, vereinfachte Organisation des Eierhandels mit Hilfe der Kommunalverwaltungen, Aufhebung aller isolierten Ausfuhrverbote, Kongestionierung des Eierhandels, Bestandsaufnahme und Konfektionierung des Bedarfs an Hand von Reichs-Eierkarten. Auch wird gefordert, daß die gesamte Fürsorge für den Winterbedarf in eine Hand gelegt werde.

Eine Mahnung zur Gerechtigkeit. Die Eisenbahndirektion in Berlin hat an alle Stationen und Betriebsämter eine Verfügung gerichtet, derzufolge erwartet wird, daß fortan jeder Bahnreisende sich den Personen gegenüber zuvorkommend und höflich betrage, bei Auseinandersetzungen mit dem Publikum Ruhe bewahrt und Streitigkeiten unter allen Umständen vermeide.

Ein Wucherer am Franger. Vom Frankfurter Polizeipräsidenten wird bekannt gegeben: Dem Kaufmann Franz Böcker sowie der Firma Frankfurter Dängemittel-Gesellschaft, Holbeinstraße 14, Geschäftslokal ebenfalls, wird hierdurch der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere Ringe- und Futtermitteln aller Art, ferner rohen Naturerzeugnissen sowie jegliche mittelbare oder unmittelbare Beteiligung an einem solchen Handel wegen Unzuverlässigkeit in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb untersagt. Die Firma Frankfurter Dängemittel-Gesellschaft hat, Böcker haben ein Dängemittel unter der Bezeichnung „Organit, Rohhermieförderungsmittel pp.“ in Säcken zu 75 Kilo für 9 Mark verkauft, obgleich die Ware nur einen Wert von 0,8 Pfennig hatte. Im Einkauf hatte es ihn 1,13 Mark bis 2,25 Mark gekostet. Ferner hat er den Zentner kohlenhaltigen Futtermittels für 1,90 Mark ein- und für 6 Mark wieder verkauft, den Zentner aromatisierten Futtermittels aber bei einem Einkaufspreis von 3,20 Mark zu 10 Mark abgegeben.

Neues aus aller Welt.

Sist du schon an der Front gewesen?

Einen französischen Soldaten, der von der Front auf Pariser Urlaub ist und dort von dem grassierenden Moulbeidentum angegriffen wird, läßt Gustav Hellström in der „Frankf. Ztg.“ zum Schluß folgendes erzählen: „Da hält also gerade unser Zug auf irgend so einer Station, und auf derselben Station ist gerade auch ein Zug mit deutschen Gefangenen eingelaufen, um den sich eine ganze Masse von Zivilpersonen drängt, die auf die Leute da drinnen mit Fingern zeigen, als seien sie irgend welche wilden Tiere im Raubtierfängnis... und dazu wiehert die Bande vor Vergnügen und macht irgend welche blöde, gehässige Bemerkungen. Wissen Sie, Monsieur, was da geschah? — Ein Soldat, der auch droben an unserer Front gelegen hatte und nun zur Beobachtungsmannschaft gehörte, sprang mit geladenem Gewehr und aufgeschaukeltem Bajonett vom Wagen, packte den, der das größte Maulwerk hatte, beim Kragen und schrie ihn mütend an: „Gelt das Maul, du Fiel, wenn du nicht willst, daß ich dir hineinschlage!... Sist vielleicht du schon da draußen an der Front gewesen?“ — Wir Soldaten haben damals lebhaft Lachen ausgelassen; die übrigen aber haben sich

schleunigst verzogen. Ich wollte damit nur sagen, daß wir draußen an der Front dem doch ein ganz Teil ritterlicher denken, als die Leute die sich, fern vom Kampf, in hohen Phrasen und in Schmähen ergötzen.“

Ein Werdprozeß. Der 36 Jahre alte Zementarbeiter Karl Ehlert von Rohrer, der beschuldigt war, am 16. August vorigen Jahres den 19 Jahre alten Postkassierer Friedrich Stauninger von Birlach und seine Geliebte Sophie Birlach von Schönnau umzubringen gebracht zu haben, wurde in Stuttgart wegen Totschlages zu der Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus und zu dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren unter Anordnung von neun Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Angeklagte beteuerte bis zum Schluß der dreitägigen Verhandlung seine Unschuld.

Telegramme.

Die Eröffnung des italienischen Parlaments.

Rom, 28. Juni. (B. S. Nachrichten.) Meldung der „Agence Stefani“: Bei der heutigen Eröffnung der Kammer, an der auch Salaria teilnahm, hielt Ministerpräsident Boselli eine Rede. Die enge und dauernde Gemeinbürgerschaft mit den Verbündeten werde bis zum endgültigen Siege fortgesetzt werden. Ein gleiches gelte für die entschlossene Weiterführung der bisherigen Außenpolitik, die bereits mehrmals vom Parlament und vom Lande in weitem Maße gebilligt worden sei. Die kostbaren Anstrengungen zur wirksamen Ausgestaltung und engen Verknüpfung des militärischen Vorgehens auf den verschiedenen Fronten Europas sollten zugleich von dem vollständigen Einverständnis der Alliierten über die wirtschaftliche Verteidigung gegen den Feind begleitet sein. Boselli sagte weiter, das Kabinett führe vorsichtig, aber entschlossen den Gang der Finanzgesetze weiter. Mit dem aufrichtigen Hochdruck liege die Regierung alles, um den eigenen Krieg und den Krieg der Alliierten zu unterstützen. Unter Hinweis auf die Zusammenfassung des Ministeriums, das Männer verschiedener politischer Anschauungen vereinige, verlangte Boselli, daß die innerpolitischen Kämpfe ruhen, bis Italien in seinen durch die Sprache bedingten Grenzen hergeteilt sei. Alle Italiener seien vor der neuen Regierung gleich, aber gegen diejenigen, die versuchen sollten, das Vertrauen des italienischen Volkes zu erschüttern, zeige sich die öffentliche Gewalt wachsam und unbeweglich. Ueber die Erweiterung des Kabinetts sagte der Ministerpräsident, sie werde in einer einzigen Art, die den verfassungsmäßigen Einrichtungen Italiens entspreche, unter Berücksichtigung des wesentlichen Grundgedankes der parlamentarischen Verantwortlichkeit, die ausgedehnte, ständige Teilnahme aller Erhebungen und Parteien am Regierungswesen. Durch die Mitarbeit zahlreicher Kräfte aus dem Parlament und dem Lande müsse die Wirksamkeit der italienischen Regierung bis aufs äußerste gesteigert werden. Der Krieg des Bewußtseins der Nation kräftige, könne die Verwaltung nunmehr etwas langsamer gestaltet werden. Jeder Teil der Gesetzgebung werde in liberaler Weise, frei von jeder Sondermeinung und jedem Sonderinteresse, umgearbeitet werden müssen. Man müsse unerbittlich alles fördern, was die geistige Kraft des Volkes betreffe. Durch die Schaffung von Berufsämtern müsse der handwerkliche Unterricht erneuert werden, damit Italien Arbeiter und leitende Personen bekomme, die zur wirtschaftlichen Vergeltung geschult und fähig seien. Die Volksschule müsse immer mehr gehoben und verbessert werden.

Bei Erwähnung der neuen Ministerien für das Verkehrs- und den Ackerbau, über deren Beibehaltung die Kammer früher beschloßen hatte, lobte Boselli das Eisenbahnpersonal und sagte, die Regierung werde die im Interesse des Personals vorgeschlagenen Maßregeln ernstlich erwägen.

Konsumverein für Wiesbaden und Umgegend, e. G. m. b. H.

Telephon 489, 490 und 6140 — Bureau und Zentrallager: Götzenstraße 17.

Die Mitglieder, welche Spargelder bei uns angelegt haben, werden gebeten, die Sparkassenbücher

bis spätestens Mittwoch den 5. Juli d. J. auf unserem Bureau Götzenstraße 17 zwecks Eintragung der Zinsen abzuliefern.

Der Vorstand.

Sammelt Obstkerne!

Die durch den Krieg herbeigeführte Absperrung Deutschlands von der ausländischen Zufuhr macht sich besonders auf dem Gebiete der Öle und Fette in immer steigendem Maße fühlbar. Der Kriegsausschuss für Öle und Fette in Berlin hat deshalb eine umfassende Sammlung der ölhaltigen Obstkerne in die Wege geleitet. Für die Stadt Wiesbaden ist und die Ausführung übertragen. Wir fordern daher alle Einwohner von Wiesbaden zur Sammlung von Obstkernen für die Delgewinnung auf. Jeder sammle! Jeder Kern ist wichtig!

Zu sammeln sind nur Kirschkerne, Kerne von Kirschbäumen (auch Sauerkirschbäumen), Pfäusen und Zwetschen, Mirabellen, Reineclauden und Aprikosen (nicht Pfirsichkerne). Auch Kerne von gefülltem und gedörrtem Obst können verwendet werden. Die einzelnen Kernsorten dürfen nicht mit einander vermischt werden.

Die gesammelten Kerne bitten wir abzuliefern an die Abteilung VI des Kreiskomitees vom Roten Kreuz, Mainzer Straße 19, wofür selbst auch Merkblätter über die Kernsammlung zu haben sind.

Auf Verlangen wird gezahlt für das Kilogramm Kirschkerne 20 Pfennig, für das Kilogramm aller übrigen Kerne 15 Pfennig.

Vaterländischer Frauenverein. Abt. VI des Kreiskomitees vom Roten Kreuz.

Hüte, Mützen, Schirme, Pelzwaren

Große Auswahl. Billige Preise.

Karl Sommer, Kürschner.

41 Welwitzstraße 41.

Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

Auskunft

über Familienunterstützung: Rathverträge: Miete: Abzahlungsgeschäfte: Arbeitsvertrag: Sozialrecht: Arbeitslosenversicherung: Angehörigenversicherung: Zahlungsstellen: Das Gesetz betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wohnraum ihrer Rechte verlustenden Personen: Wochenblätter während des Krieges: Krankenversicherung: Unfallversicherung: Invalidenversicherung und viele andere Fragen, die das Rechtswesen betreffen.

gibt

in leichtverständlicher, gründlicher Weise die 80 Seiten starke, überaus beherzogene Broschüre

Das Recht während des Krieges

(Neue Auflage.)

Preis 40 Hg. — Forts. 3 Hg.

Buchhandlung Volksstimme.

Die Internationalität und der Krieg.

Von Karl Rautsch.

Sonderdruck aus der „Neuen Zeit“ mit einem Vorwort.

Preis 20 Pfennig.

Buchhandlung Volksstimme.

Fritz Popp.

Vizefeldwebel und Offiziers-Aspirant.

In dem Dahingegangenen verlieren wir einen pflicht-treuen Beamten, dem wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Wiesbaden, den 26. Juni 1918.

Für den Magistrat:

Glässing, Oberbürgermeister.